

Abgeordnetenhauswahlen sind keine Bundestagswahlen. Oder doch? Erfahrungsbericht aus Berlin

Thomas Gschwend

1. Einleitung¹

Die traditionelle Wahlforschung sollte eigentlich treffender als Wählerforschung bezeichnet werden. Sie ist dem Wahlkalkül der Wähler auf der Spur, allerdings ohne sich viel um den Kontext einer Wahl zu kümmern. Selbst neuere Arbeiten neoinstitutionalistischer Prägung betrachten immer noch den Ausgang von Wahlen, als würden sie im politischen Vakuum abgehalten. Dabei betreffen einzelne Wahlen die Bestellung einer Regierung für eine spezielle Handlungsebene des politischen Systems. Die meisten europäischen Demokratien bestehen allerdings aus einem Mehrebenenensystem des Regierens. Das hat nicht nur wichtige Implikationen für die Art der Entscheidungsprozesse in der repräsentativen Demokratie, sondern stellt den Souverän auch vor besondere Herausforderungen. Wer kann und soll bei Wahlen auf einer bestimmten Governance-Ebene für was genau verantwortlich gemacht werden?

In der Politikwissenschaft spricht man neuerdings von Wechselwirkungen (*contamination effects*) zwischen zwei elektoralen Ebenen, wenn diese Handlungsebenen nicht als unabhängig voneinander angesehen werden können. Beispielsweise bieten direkte Präsidentschaftswahlen Anreizstrukturen, die nicht nur für sich alleine betrachtet werden können sondern das Politikangebot (vgl. Hinich/Munger 1998; Iyengar/Kinder 1987), die Parteienstruktur (z.B. Gschwend 2007a) und das Wählerverhalten bei Parlamentswahlen prägen (z.B. Gschwend/Leuffen 2004, 2005). Ähnliches gilt für die Wahlen in föderativen Systemen. Die Politikwissenschaft wird zunehmend sensibilisiert für solche Phänomene, die Wechselwirkungen von Wahlen auf unterschiedlichsten Ebenen charakterisieren. Was der Beschreibung dieser Phänomene bisher hinterherhinkt, ist die Theorieentwicklung. Unter welchen Umständen können wir Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Ebenen erwarten? Welche Konsequenzen haben sie für Wahlverhalten, Parteienverhalten und das Funktionieren eines politischen Systems? So gesehen ist die Frage nach dem Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen besonders relevant, um die Präferenzaggregation, die Zuweisung von Verantwortung für Regierungshandeln sowie letztlich die Legitimität politischen Handelns in föderalen Grundordnungen zu verstehen.

1 Ich danke dem Herausgeberteam sowie Marian Bohl, Simone Burkhart, Michael Meffert, Franz Urban Pappi, Susumu Shikano, Arndt Wonka und Andreas Wüst für hilfreiche Kommentare.

Ich möchte in diesem Kapitel das folgende Argument präsentieren: Von einem Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen kann *per se* nicht ausgegangen werden. Die Stärke des Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen schwankt daher auch nicht systematisch mit der Popularität der amtierenden Bundesregierung, die diesen Einfluss vermittelt. Vielmehr hängt die Stärke dieses Einflusses von den *elektoralen Folgen der Politikverflechtung* zwischen Bund und Ländern ab. Diese sind gegeben, wenn die Wählerschaft Leistungen bzw. Fehlleistungen der Bundesregierungen systematisch den entsprechenden Landesparteien zurechnet und diese Parteien bei Landtagswahlen dafür belohnt oder bestraft. Die Zurechnung von Regierungsleistungen auf Bundesebene zu bestimmten Landesparteien kann einfacher oder schwieriger sein und hängt von den Regierungskonstellationen im Land und im Bund ab. Daher erwarte ich eine einfache Zurechenbarkeit der Regierungsleistung und damit einen stärkeren Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen, wenn die Regierungskoalitionen im Land wie im Bund dieselben sind.

Die folgende Analyse zeigt, dass die Bundespolitik nur dann einen systematischen Einfluss auf individuelle Wahlentscheidungen hat, wenn die Wählerinnen und Wähler die Verantwortung für Regierungshandeln leicht bestimmten Parteien zuweisen können. Aber selbst in diesem günstigsten Fall spielt die Bundespolitik, im Vergleich zu landesspezifischen Determinanten der Wahlentscheidung, nur eine Nebenrolle. Die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin können daher schwerlich als Testwahlen für den Bund bezeichnet werden.

2. Bundespolitik und Landtagswahlen

In der Literatur scheint es unstrittig zu sein, dass der Ausgang von Landtagswahlen unter dem Einfluss der bundespolitischen Großwetterlage steht.² Bereits Fabritius (1978: 162) sprach in seiner Studie bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik von einem Ungleichgewicht, dass „qualitativ und quantitativ unübersehbar“ sei. Die Frage scheint demnach also nur zu sein, wie teuer die politische Großwetterlage den einzelnen Parteien bei Landtagswahlen zu stehen kommt bzw. inwiefern sie von einer populären Bundesregierung profitieren können. In der amerikanischen Literatur spricht man in diesem Zusammenhang von *Coattail*-Effekten populärer Präsidenten, also eine Art „Promi-Effekt“, die die Wahl von Kandidaten der Partei des Präsidenten auf allen elektoralen Ebenen bei ansonsten gleichen Umständen begünstigt (vgl. Calvert/Ferejohn 1983, Campbell 1986; Jacobson 1976). Ähnliche Effekte werden auch in Deutschland angenommen. Es herrscht jedoch kein Konsens darüber, wie stark der bundespolitische Einfluss gegenüber den originären – das heißt den landesspezifischen – Determinanten einer Landtagswahl zu bewerten ist. Vereinfachend sollen im Folgenden zwei grundle-

2 Der umgekehrte Schluss, dass Landtagswahlen die Bundespolitik beeinflussen, wird wie in der bisherigen Literatur auch in diesem Kapitel nicht gemacht, obwohl es sogar in jüngster Zeit (z.B. die Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen) Hinweise dafür zu geben scheint.

genden Positionen in der Literatur unterschieden werden, deren Anhänger ich als *Unitaristen* bzw. *Föderalisten* bezeichnen möchte.

Auf der einen Seite stehen die Unitaristen (vgl. Dinkel 1977; Decker/von Blumenthal 2002), die besonders auf den Testwahlcharakter von Landtagswahlen abheben. Die Bundespolitik liefert in diesen Ansätzen den Interpretationsrahmen vor dessen Hintergrund das Entscheidungsverhalten der Wähler als ein „Pseudo-Plebiszit“ (Fabritius 1978: 1964) über die amtierende Bundesregierung verstanden wird. Das amerikanische Pendant hierzu wird als Referendums-Ansatz bezeichnet (vgl. Key 1964, Kramer 1971, Tufte 1978). Daneben nehmen Reif und Schmitt (1980) in ihrem „second-order election“ Modell an, dass Regierungsparteien des Bundes in so genannten Nebenwahlen – also Wahlen, die in den Augen der Wählerschaft weniger wichtig sind als Bundestagswahlen – für ihre Politik haftbar gemacht, das heißt entsprechend belohnt oder abgestraft, wurden.³ Entsprechend dem jeweils analysierten politischen System gibt es verschiedene Formen von Nebenwahlen: Wahlen zum Europäischen Parlament (vgl. van der Eijk/Franklin 1996; Kousser 2004; Schmitt 2005), britische Nachwahlen (by-elections; vgl. Anderson/Ward 1996; Norris 1995) oder auch Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen (vgl. Anderson/Ward 1996; Burkhart 2005; Hough/Jeffrey 2003a/b). Nach neoinstitutionalistisch geprägten Ansätze der Balancing bzw. Moderating Elections schließlich, versuchen Wähler mit ihrem Wahlverhalten, je nach Gusto, unterschiedliche oder gleiche politische Mehrheiten in der Exekutive bzw. den föderalen Vertretungskörperschaften zu erreichen (vgl. Alesina/Rosenthal 1995; Fiorina 1992; Gaines/Crombez 2004; Gschwend/Leuffen 2004, 2005; Kedar 2006).

Obwohl die Unitaristen unterschiedliche Mechanismen anführen, stimmen sie in ihrer Mikrofundierung dahingehend überein, dass Wählerinnen und Wähler eine Bundespartei mit ihrer jeweiligen Gliederung auf der Landesebene gleichsetzen und die entsprechende Landespartei indirekt auf Grund des Handelns der Bundespartei bewerten. Diese Gleichsetzung ist eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt von elektoralen Folgen der Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern zu sprechen. Die elektoralen Folgen entstehen dadurch, dass die Wähler die Regierungsleistungen der Bundesregierung den jeweiligen Landesparteien zurechnen, weil die Landesverbände und die Bundespartei als ein Akteur angesehen werden. Die Landesparteien werden im individuellen Entscheidungsprozess bei Landtagswahlen somit als Vertreter der Bundesparteien verantwortlich für die Bundespolitik gemacht. Folglich konzeptualisieren die Unitaristen Landtagswahlen als „nationale Testwahlen“.

Auf der anderen Seite argumentieren die Föderalisten (vgl. für Österreich: Abedi/Siaroff 1999; für Deutschland: Jeffrey/Hough 2003; für Spanien: Pallares/Keating 2003; für die Schweiz: Selb 2006), dass bestimmte regionale Kontexte eigene Probleme und Themen hervorbringen, die von der nationalen Agenda abweichen können. Zudem gibt es ihrer Auffassung nach originäre Aufgaben und Zustän-

3 Reif und Schmitt (1980) entwickelten ihr Modell zur Erklärung der Dynamik von Wahlen zum Europäischen Parlament. Die grundsätzliche Logik des Modells lässt sich jedoch auch auf Landtagswahlen anwenden.

digkeiten der Länder, zu denen sich nur Landesparteien äußern und die folglich nicht Teil der nationalen Agenda sein können. Landtagswahlen bieten daher aus Sicht der Föderalisten eine von der Bundesebene unabhängige Arena, in der Parteien um die Gunst der Wählerschaft konkurrieren. Aus repräsentationstheoretischer Sicht würde man erwarten, dass die Landesverbände der nationalen Parteien mit speziellen Politiken auf landesspezifische Probleme reagieren. Falls die Landespartei auf die existierenden Probleme nicht adäquat reagieren will oder kann und im Konfliktfall lieber auf Linie der Bundespartei bleibt, erleichtert dies die Formierung regionaler Parteien, die versuchen, die entstandene Angebotslücke auf dem Parteienmarkt zu nutzen. Die föderale Struktur des Staatsaufbaus bietet demnach Anreize für eine landesspezifische Ausgestaltung des Parteienwettbewerbs. Selbst wenn sich die Landespartei programmatisch nicht stark von ihrer Bundespartei unterscheidet, bietet die föderale Kompetenzaufteilung in der Gesetzgebung, verbunden mit der landesspezifischen Konkurrenzsituation, im Sinne einer salienztheoretischen Logik (vgl. Budge/Farlie 1983) bestimmte Anreize für Landesparteien, im Wahlkampf andere thematische Schwerpunkte zu setzen als ihr Bundesverband. Debus (2007) findet zumindest für die von ihm untersuchte Periode zwischen 1998 und 2005 starke Evidenzen für die erwartete Divergenz zwischen programmatischen Positionen der Bundes- und der jeweiligen Landespartei.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Folgerung, dass aus Sicht der Föderalisten Wählerinnen und Wähler nicht automatisch Bundes- und Landespartei gleichsetzen müssen, wie das die Unitaristen annehmen. Im Gegenteil, föderalistische Ansätze nehmen an, dass die Wählerschaft je nach Handlungsebene des politischen Systems ebenenspezifische Parteipräferenzen entwickeln kann. Der vermittelnde Prozess der Zurechenbarkeit von Regierungsleistungen, den die Unitaristen ins Feld führen, ist für Föderalisten daher nicht automatisch gegeben. Ein Beispiel wäre eine Wählerin, die im Land womöglich aufgrund einer Präferenz für die christdemokratische Bildungspolitik die CDU präferiert, für den Bund aber SPD-Positionen nahe steht. Daher betonen Föderalisten stets die Eigenständigkeit von Landtagswahlen.

Die Gegenüberstellung unitaristischer und föderalistischer Ansätze macht deutlich, dass es für eine Erklärung des Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen darauf ankommt, nicht von vornherein nur eine unitaristische oder eine föderalistische Brille aufzusetzen und a priori Annahmen darüber zu machen, inwiefern die Wähler die Bundes- und Landesparteien gleichsetzen. Vielmehr muss sowohl der Einfluss der politischen Großwetterlage als auch der „eigenständigen Charakter von Landtagswahlen“ (Fabritius 1978: 164) adäquat konzeptualisiert werden. Aber das ist leichter gesagt als getan. Parteipräferenzen sind ein gutes Beispiel für die mit der Modellierung von Landes- und Bundeseinflüssen verbundenen Schwierigkeiten. Ganz der unitaristischen Denktradition verpflichtet, sieht die bundesdeutsche Wählerforschung, im Unterschied zur kanadischen (vgl. Stewart/Clarke 1998, anders Pappi 1996: 256ff.), bisher konzeptionell nicht die Möglichkeit vor, dass Wählerinnen und Wähler ebenenspezifische Parteipräferenzen entwickeln. Selbst empirisch gibt es nur vereinzelt die Möglichkeit zu entscheiden, ob Befragte für unterschiedliche politische Arenen verschiedene Parteien präferieren. Aufgrund der Frageformulierung des Erhebungsinstruments bleibt oft unklar, ob die berichtete Parteipräferenz der Befragten der Bundes- oder der Landespartei gilt.

Was bedeutet es aber für das Entscheidungsverhalten der Wählerinnen und Wähler, dass der Ausgang von Landtagswahlen womöglich unter dem Einfluss der bundespolitischen Großwetterlage steht? Die Bewertung der Bundespolitik durch die Wählerinnen und Wähler müsste sich demnach auf deren Bereitschaft auswirken, bei einer Landtagswahl für eine Regierungspartei des Bundes zu stimmen. Da Bundespolitik in den Augen der Öffentlichkeit mit dem Handeln der Bundesregierung gleichgesetzt wird und Regierungen aus einer Koalition von Parteien bestehen (vgl. Gschwend/Norpoth 2001), wird im Folgenden von Anhängern der Regierungskoalition gesprochen, wenn Befragte eine der Regierungsparteien am meisten präferieren.

Aus unitaristischer Sicht ergeben sich aus den Leistungsbewertungen der Bundesregierung unterschiedliche Konsequenzen für individuelle Entscheidungsprozesse bei Landtagswahlen. Negative Bewertungen sollten Anhänger der Bundesregierung entweder demotivieren zur Urne zu gehen. Falls sie aber doch zur Wahl gehen, dann motivieren negative Bewertungen zur Stimmabgabe für eine andere Partei als eine der im Bund regierenden Parteien. Jedenfalls sollten sie bei einer Landtagswahl mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit für eine Partei der Bundesregierung stimmen. Anhänger der Oppositionsparteien im Bund oder Wähler ohne (feste) Parteibindung hingegen sollten negative Bewertungen gerade dazu motivieren zur Wahl zu gehen und eine der Oppositionsparteien im Bund zu wählen. Neben Bestrafungseffekten kann es auch zu Belohnungseffekten kommen, wenn die Bundesregierung in der Wahlbevölkerung besonders populär ist. Anhänger der Bundesregierung sollten positive Leistungsbewertungen dazu motivieren, zur Urne zu gehen und bei einer Landtagswahl eine Regierungspartei des Bundes zu wählen. Anhänger der Oppositionsparteien im Bund und Wähler ohne Parteibindung hingegen sollten positive Leistungsbewertungen der Bundesregierung demotivieren, an der Landtagswahl teilzunehmen. Falls sie denn teilnehmen, dann wählen sie wahrscheinlich als Belohnung eine Partei der Bundesregierung.

Im Unterschied zu den bestehenden Ansätzen der Unitaristen möchte ich argumentieren, dass aufgrund der Anreizstrukturen eines Mehrebenensystems des Regierens gerade nicht zu erwarten ist, dass Regierungsparteien im Bund bei einer Landtagswahl – je nach Popularitätsgrad – uneingeschränkt belohnt oder bestraft werden. Vielmehr erwarte ich, dass die Stärke des Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen an bestimmte Kontextbedingungen geknüpft ist, die ihrerseits individuelle Verarbeitungsmechanismen nahe legt. Speziell sollte die Stärke des Einflusses der Bundespolitik auf die Stimmabgabe bei Landtagswahlen für eine Partei der Bundesregierung davon abhängen, wie einfach es für Wählerinnen und Wähler ist, die Regierungsleistung im Bund der jeweiligen Landespartei zuzurechnen. Stimmen die Regierungskoalitionen in Bund und Land überein, so ist die Regierungsleistung des Bundes für Wählerinnen und Wähler einfach zuzurechnen, weil die politischen Verantwortlichkeiten in den Augen der Wählerinnen und Wähler eindeutig sind. Ob im Bund oder im Land, verantwortlich für die Politik sind dieselben Regierungsparteien. Zwischen den verschiedenen Ebenen des Regierungshandels muss nicht unterschieden werden. Umgekehrt sind die Verantwortlichkeiten schwerer für Wählerinnen und Wähler auszumachen, wenn Bundes- und Landesregierungen von unterschiedlichen Parteien gebildet werden. In diesem Fall reklamiert jede Partei den Erfolg einer Politik für sich und schiebt den Misserfolg auf „die anderen“. So blei-

ben Wahlen im Falle erschwerter Zurechenbarkeit ein weniger effektives demokratisches Instrument (vgl. Powell 2000: 10ff.), um Regierungen für ihr Handeln verantwortlich zu halten.

Die beobachtbaren Implikationen der vorgestellten Theorie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Ist die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungskoalitionen im Bund und im Land identisch, dann ist die Zurechenbarkeit der Leistungen der Bundesregierung leichter. Dies führt zu einem höheren Einfluss der Bundespolitik (positiv wie negativ) auf individuelles Wahlverhalten bei Landtagswahlen. Umgekehrt erschweren unterschiedliche Regierungskonstellationen im Bund und im Land die Zurechnung der Regierungsleistungen. Diese führen dazu, dass der Einfluss der Bundespolitik entsprechend schwächer ist. Die politische Farbenlehre, gleiche Regierungen im Bund wie im Land, bietet Wählerinnen und Wählern eine handhabbare Heuristik, die ihren Entscheidungsprozess maßgeblich vorstrukturiert.

Das unterstellte unitaristische Entscheidungskalkül, wonach die Bewertung der Bundesregierung den jeweiligen Landesparteien zugerechnet wird – selbst wenn das wie in der hier vorgestellten Modifikation von den Regierungskonstellationen im Bund und im Land abhängt – blendet landesspezifische Einflüsse indes völlig aus. Obwohl Unitaristen das bisher in ihren Arbeiten nicht so präzise formuliert haben, würden sie diese starke Vereinfachung damit rechtfertigen, dass die Bundespolitik inhaltlich maßgeblich verknüpft ist mit „wichtigen“ Themen des Bundes, während die Politik der Landesregierungen eher marginale Bereiche betreffe. Die subjektiv wahrgenommenen Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger werden stärker von der Bundespolitik als von der Landespolitik beeinflusst. Landesspezifische Themen und Bewertungsmaßstäbe (z.B. Präferenzen für *Landesparteien*, *Landespolitiker*, die Wichtigkeit von *landesspezifischen* Themen sowie Bewertungen der *Landesregierung*) sollten für Wählerinnen und Wähler daher prinzipiell schwerer verfügbar sein als solche, die durch die Bundespolitik gerahmt bzw. induziert werden (z.B. Präferenzen für *Bundesparteien*, *Bundespolitiker*, die Wichtigkeit von *bundespolitischen* Themen sowie Bewertungen der *Bundesregierung*). Faktisch regieren aber die Länder über den Bundesrat mit in die Bundespolitik hinein. Die Frage ist nur, wie weit die Bürgerinnen und Bürger, vermittelt durch die Berichterstattung in den Medien und über den Wahlkampf, die Funktionsweise des föderalen Systems verstehen und diese feinen Unterscheidungen bei ihrer Entscheidung berücksichtigen. Es liegen derzeit aber keine Erkenntnisse darüber vor, ob sich ändernde Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat als ein weiterer Kontextfaktor betrachtet werden muss, der die Zurechenbarkeit der Regierungsleistungen systematisch beeinflusst. Aufgrund des Fehlens derartiger Erkenntnisse können Unitaristen zumindest implizit annehmen, dass individuelle Wahlentscheidungen auf leicht verfügbaren Informationen über die Bundesebene basieren, die über die Gleichsetzung von Bundes- mit Landespartei verarbeitet werden.⁴

4 Für Frankreich konnte jedenfalls gezeigt werden, dass Wählerinnen und Wähler bei der Wahlentscheidung für die der Präsidentenwahl nachfolgenden und als weniger wichtig erachteten Parlamentswahl systematisch den Einfluss einer politisch geteilten Exekutiven, die so genannte

Die Föderalisten hingegen erwarten keinen (selbst nicht durch einen bestimmten Kontext moderierten) Einfluss der Bundespolitik auf Wahlentscheidungen bei Landtagswahlen. Stattdessen konzipieren sie Wahlentscheidungen bei Landtagswahlen so, als ob sie von rein landesspezifischen Faktoren bestimmt wären. Im Normalfall sind diese Faktoren vor allem durch entsprechende individuelle Voreinstellungen für bestimmte *Landesparteien* sowie die Präferenz für einen der Spitzenkandidaten für das Amt des Regierungschefs bestimmt. Im Folgenden werde ich mich auf den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen in einem bestimmten Bundesland, nämlich Berlin, beschränken. Berlin wählt keinen Landtag, sondern das Abgeordnetenhaus. Folglich wird nunmehr von Abgeordnetenhauswahlen statt von Landtagswahlen gesprochen.

3. Der institutionelle Kontext: Abgeordnetenhauswahlen in Berlin

Auf der Grundlage der im letzten Abschnitt formulierten Theorie über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen habe ich einige Hypothesen entwickelt, die ich nun mit Daten über Abgeordnetenhauswahlen testen möchte. Aufgrund der Datenlage werde ich mich auf den Zeitraum zwischen 1979 und 2001 konzentrieren. In dieser Periode wurden in Berlin acht Abgeordnetenhauswahlen abgehalten: 1979, 1981, 1985, 1989, 1990, 1995, 1999 und 2001. Für diese Wahlen liegen entsprechende Mikrodaten zur Analyse vor.

Bevor ich näher auf die theoretisch relevanten Regierungsmuster im Bund und im Land Berlin eingehe, möchte ich zunächst an die spezielle Situation Berlins vor der Wende erinnern. Vor 1990 wurden in Berlin aufgrund eines Vorbehalts der Militärgouverneure zum Grundgesetz keine Bundestagswahlen abgehalten. Dennoch entsandte das Berliner Abgeordnetenhaus 22 Abgeordnete (bis 1952 nur 8) in den Bundestag. Diese Westberliner Abgeordneten hatten zwar ein eingeschränktes Stimmrecht (z.B. keine Kanzlerwahl), konnten aber vor allem bei Abstimmungen über interne Angelegenheiten des Bundestages voll mitwirken (vgl. Schindler 1999: 1973ff.).

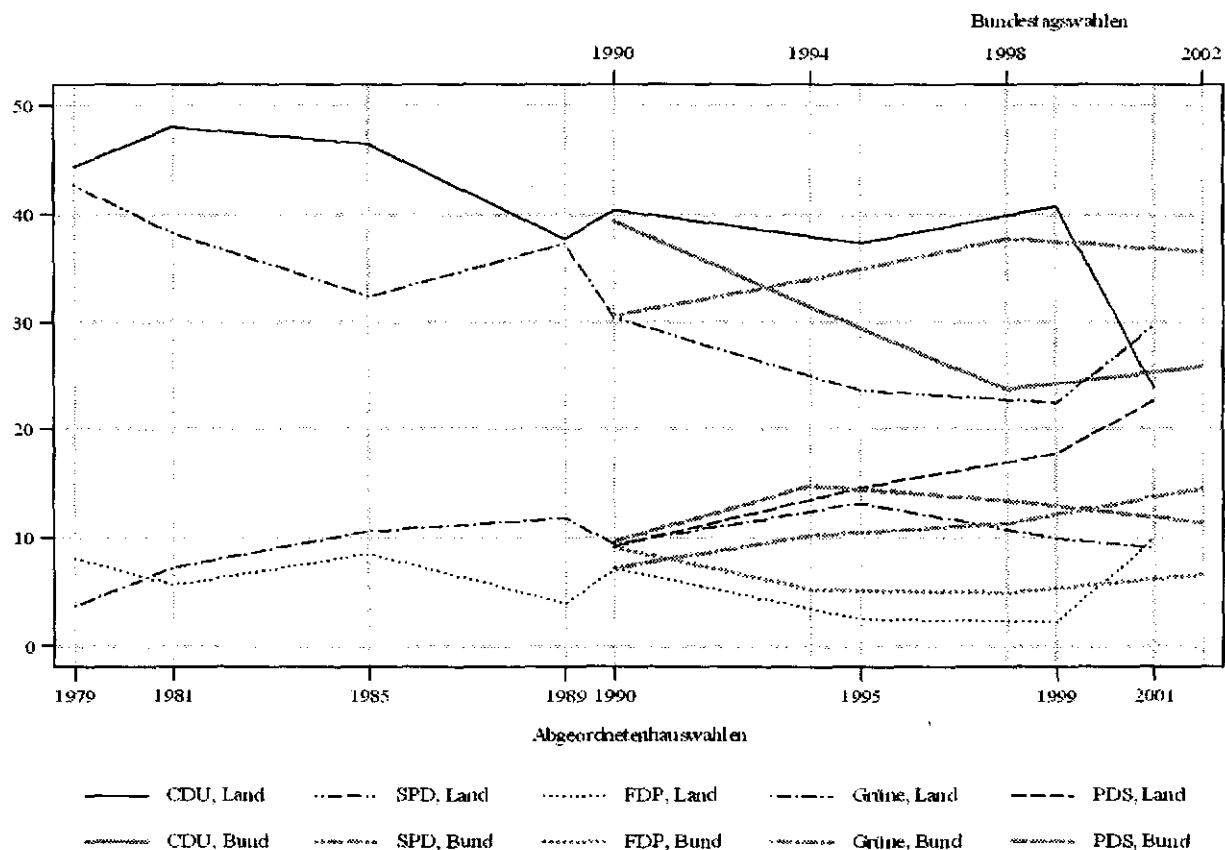
In seinen Grundzügen hat sich das Wahlsystem der Berliner Abgeordnetenhauswahlen in diesem Zeitraum nicht verändert, sodass die einzelnen Wahlen institutionell vergleichbar sind. Seit der Wahl von 1979 hat Berlin ein Mischwahlsystem (vgl. Kaiser 2002; Gschwend 2007b) mit zwei Stimmen institutionalisiert, ähnlich dem bei Bundestagswahlen. Mit der Erststimme wird ein Wahlkreiskandidat in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl, mit der Zweitstimme eine Landes- oder Bezirksliste einer Partei nach Verhältniswahl (Hare/Niemeyer-Verfahren) gewählt. Es gilt eine Fünf-Prozent-Hürde (1990 getrennt für West- und Ost-Berlin), bei der auch ungültige Stimmen mitgezählt werden. Am Sitzzuteilungsverfahren nehmen nur Parteien teil, die mindestens fünf Prozent der abgegebenen (also auch möglicherweise ungültigen) Zweitstimmen erhalten haben, oder über die Erststimme min-

cohabitation, in ihr Entscheidungskalkül systematisch integrieren (vgl. Gschwend/Leuffen 2004, 2005).

destens ein Direktmandat gewonnen haben. Es gibt eine Ausgleichsmandatsregelung, sodass die genaue Abgeordnetenzahl im Parlament von Wahl zu Wahl schwanken kann. Seit 1999 gibt es mindestens 130 Sitze, die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre.

Einen Überblick über die Wahlergebnisse in Berlin bei Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahlen im betrachteten Zeitraum gibt Abbildung 1. Die Zweitstimmenergebnisse werden je nach zu wählender Regierungsebene für die relevanten fünf Parteien getrennt ausgewiesen. Während die Ergebnisse von Abgeordnetenhauswahlen den gesamten Zeitraum abdecken und in schwarz dargestellt werden, sind die Ergebnisse bei Bundestagswahlen in Berlin für die einzelnen Parteien in der Abbildung grau abgetragen.

Abbildung 1: Überblick über die Zweitstimmenergebnisse in Berlin bei Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahlen (Angaben: Prozent)



Quelle: Amtliche Endergebnisse (Zweitstimmenanteile), Wahldatenbank, Statistisches Landesamt Berlin.

Hätten die Unitaristen recht mit ihrer Behauptung, nach der Abgeordnetenhauswahlen einen Testwahlcharakter für die Bundespolitik besitzen, dann müssten die schwarzen und grauen Kurven parallel verlaufen. Dies ist jedoch nicht so. Die Entwicklung der Stimmenergebnisse aller Parteien bei Parlamentswahlen auf unterschiedlichen Ebenen weisen vielmehr eine unterschiedliche Dynamik auf. Wie in vielen anderen Bundesländern mussten die beiden Volksparteien im betrachteten Zeitraum Stimmenverluste bei Abgeordnetenhauswahlen verkraften. Trotzdem ist die Situation für die CDU bzw. die SPD im Vergleich zu ihren Bundestagswahlergebnissen in Berlin grundverschieden. Während die CDU bei Abgeordnetenhaus-

wahlen praktisch immer besser abschneidet als bei Bundestagswahlen, selbst bei der Doppelwahl von 1990 war das so, bekommt die SPD in Berlin mehr Zweitstimmenanteile bei Bundestagswahlen als bei Abgeordnetenhauswahlen. Mit Ausnahme der PDS scheint diese Entwicklung bei den kleinen Parteien weniger deutlich zu sein. Allerdings handelt es sich bei der Berliner PDS nicht um eine „kleine Partei“, da sie bis zur letzten betrachteten Abgeordnetenhauswahl von 2001 fast zur CDU aufgeschlossen hat. Seit 1995 liegen die PDS-Ergebnisse bei Abgeordnetenhauswahlen beständig über denen bei Bundestagswahlen. Am wenigsten Unterschiede und damit Evidenz für unitaristische Ideen scheint es noch für die FDP zu geben, die bei Abgeordnetenhauswahlen praktisch konstant unterhalb ihrer Stimmenanteile bei Bundestagswahlen abschneidet.

Gemäß der oben formulierten Theorie über die Wirkungsmechanismen des Einflusses der Bundespolitik werden nun die unterschiedlichen Regierungsmuster im Land und im Bund betrachtet. Im Stimmenergebnis derjenigen Landesparteien, die im Bund regieren, sollte sich der Einfluss der Bundespolitik auf die Berliner Abgeordnetenhauswahlen am deutlichsten zeigen (vgl. Burkhart 2005: 28). Für den Zeitraum 1979 bis 2001 gibt Tabelle 1 einen Überblick über die amtierenden Regierungskoalitionen im Bund und im Land sowie über die jeweiligen Spitzenkandidaten bei der Abgeordnetenhauswahl.

Tabelle 1: Überblick über amtierende Regierungskoalitionen und Spitzenkandidaten der Abgeordnetenhauswahlen von Berlin, 1979-2001

Jahr	Amtierende Regierungskoalition (vor der Wahl)		Spitzenkandidaten	
	Bund	Berlin	CDU	SPD
1979	SPD-FDP	SPD-FDP	v. Weizsäcker	<i>Stobbe</i>
1981	SPD-FDP	SPD-FDP	v. Weizsäcker	Vogel
1985	CDU-FDP	CDU-FDP [⊗]	<i>Diepgen</i>	Apel
1989	CDU-FDP	CDU-FDP	Diepgen	<i>Momper</i>
1990	CDU-FDP	SPD/SPD-CDU [□]	<i>Diepgen</i>	Momper
1995	CDU-FDP	CDU-SPD	<i>Diepgen</i>	Stahmer
1999	SPD-Grüne	CDU-SPD	<i>Diepgen</i>	Momper
2001	SPD-Grüne	CDU-SPD/SPD-Grüne [▽]	Steffel	<i>Wowereit</i>

⊗: seit 1983, vorher Minderheitsregierung CDU; □: Berlin-West: Minderheitsregierung der SPD; bis zwei Wochen vorher mit der Alternativen Liste (Grüne). Berlin-Ost: SPD-CDU Koalition nach ersten freien Kommunalwahlen der DDR vom 6.5.1990; ▽: Minderheitsregierung aus SPD und Grünen mit PDS-Tolerierung (Juni-November 2001) nach Scheitern einer CDU-SPD Koalition (bis Juni 2001) als eigentlichem „politischem“ Amtsinhaber für diese Wahl. Kursiv: Regierender Bürgermeister nach der Wahl. Quelle: eigene Zusammenstellung.

Die ersten beiden Landtagswahlen des betrachteten Zeitraums, 1979 und 1981, fallen in die Zeit der Bonner sozial-liberalen Koalition. Die darauf folgenden vier Abgeordnetenhauswahlen (1985, 1989, 1990, 1995) fallen in die Zeit der schwarz-gelben Koalition, während die letzten beiden Abgeordnetenhauswahlen (1999, 2001) im betrachteten Zeitraum in die Zeit der rot-grünen Bundesregierung fallen. Das

Land Berlin erlebte unterdessen ebenfalls mehrere Regierungswechsel. Für die Frage der Zurechenbarkeit der Regierungsleistung ist es entscheidend, welche Koalitionen zum Zeitpunkt der Wahl von den Wählern für die gegebenen politischen Rahmenbedingungen „politisch“ verantwortlich gemacht wurden. Politisch verantwortlich ist daher weder die Koalition, die nach einer Wahl gebildet wird, noch diejenige Koalition, die nur formal die Regierungsgeschäfte bis zum Wahltag bestimmt hat (wie z.B. 2001 die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen) sondern diejenige Koalition, über deren Arbeit in den Augen der Wählerschaft abgestimmt wird. Wenn im Folgenden von amtierenden Regierungskoalitionen gesprochen wird, geht es im Sinne der hier vorgestellten Theorie um „politische Amtsinhaber“, also um diejenige Regierungskoalition, die in den Augen der Wählerschaft für die politischen Zustände politisch verantwortlich ist. Im Normalfall ist das die bis zum Zeitpunkt einer Wahl regierenden Koalition. Bei Regierungswechseln innerhalb einer Legislaturperiode mit nachfolgenden Neuwahlen, sind die neuen Regierungskoalitionen eher „geschäftsführend“ bis zur Neuwahl im Amt. In solchen Fällen wird die Vorgängerregierung verantwortlich für die Regierungsarbeit gehalten.

Zur Abgeordnetenhauswahl vom 18. März 1979 stellte sich in Berlin die amtierende sozial-liberale Regierungskoalition zur Wiederwahl. Im Bund regierte ebenfalls die SPD mit der FDP. Nach dem Rücktritt von Klaus Schütz wurde Dietrich Stobbe (2.5.1977) zum Regierenden Bürgermeister gewählt, der auch Spitzenkandidat seiner Partei für diese Wahl wurde. Sein Herausforderer von der CDU war erstmalig Richard von Weizsäcker (vgl. Schmollinger 1980).

Die vorgezogene Abgeordnetenhauswahl vom 10. Mai 1981 markierte den vorläufigen Endpunkt einer schwelenden Krise des sozial-liberalen Senats (fragwürdige Kreditbürgschaften der landeseigenen Berliner Bank, gescheiterte Senatsumbildung), die mit dem Wechsel von Hans-Jochen Vogel an die Spitze des Senats (23.1.1981) und der Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Parlaments verbunden war. Herausforderer der CDU-Opposition war wieder Richard von Weizsäcker. In Bonn regierte ebenfalls eine SPD-FDP Koalition (vgl. Schmollinger 1983).

Nachdem bis zur Mitte der darauffolgenden Legislaturperiode (17.3.1983) der bestehende CDU-Minderheitssenat abgelöst wurde, stellte sich zur Abgeordnetenhauswahl vom 10. März 1985 die danach amtierende schwarz-gelbe Regierungskoalition zur Wiederwahl. Im Bund gab es mittlerweile ebenfalls eine Regierungskoalition gleicher politischer Couleur. Nach der Nominierung zum Bundespräsidenten wurde Richard von Weizsäcker von Eberhard Diepgen als Regierender Bürgermeister abgelöst. Herausforderer der oppositionellen Berliner SPD wurde Hans Apel (vgl. Schmollinger 1985).

Im Vergleich zur vorhergehenden Wahl änderte sich die Situation vor der Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 praktisch nicht. Sowohl die Regierungskoalitionen im Bund und im Land als auch die Person des Regierenden Bürgermeisters waren dieselben geblieben. Spitzenkandidat der oppositionellen SPD wurde erstmalig Walter Momper (vgl. Schmollinger 1989).

Die seit 1946 erste Gesamtberliner Wahl zum Abgeordnetenhaus fand am 2. Dezember 1990 erstmals zeitgleich mit der Bundestagswahl statt. Dafür war eine Verkürzung der Legislaturperiode notwendig. Während mit dem Westberliner Abgeord-

netenhaus sowie der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung seit der Kommunalwahl der DDR vom 6.5.1990 noch getrennte Parlamente arbeiteten, stimmte der Westberliner Senat seine Regierungsarbeit mit dem Ostberliner Magistrat seit dem 12.6.1990 im so genannten „MagiSenat“ ab. Dieser arbeitete nach der Vereinigung noch zwei weitere Monate als gemeinsame Landesregierung unter Walter Momper und Tino Schwierzina (beide SPD) weiter. Momper wurde wieder Spitzenkandidat der regierenden Sozialdemokraten und stand bis zwei Wochen vor der Wahl einer rot-grünen Koalition in West-Berlin vor. Sein CDU-Herausforderer wurde der ehemalige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (vgl. Jesse 1991). Schließlich bleibt anzumerken, dass vor der Wahl 1990 im betrachteten Zeitraum erstmals die Regierungskoalitionen im Bund und im Land von unterschiedlicher politischer Couleur waren. Während im Bund eine schwarz-gelbe Koalition regierte, ging aus der letzten DDR-Kommunalwahl im gleichen Jahr ein SPD-CDU-Magistrat für den Ostteil der Stadt hervor. Sein Westberliner Pendant wurde aus einer Minderheitsregierung der SPD gebildet, die bis zu zwei Wochen vor der Wahl noch mit der Alternativen Liste, den Berliner Grünen, koalierte.

Bei der Abgeordnetenhauswahl vom 22. Oktober 1995 musste sich nunmehr eine nach der letzten Wahl gebildete große Koalition unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen als amtierende Regierungskoalition dem Votum der Wählerschaft stellen. SPD-Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer vermied dabei klare Koalitionsaussagen vor allem zugunsten eines rot-grünen Bündnisses. Im Bund regierte eine CDU-FDP Regierung (vgl. Jesse/Michel 1996).

Die Abgeordnetenhauswahl vom 10. Oktober 1999 war die erste nach der Regierungsübernahme durch die SPD und den Grünen im Bund. Der Großen Koalition in Berlin steht wieder Eberhard Diepgen als Regierender Bürgermeister vor. Wie schon 1989 und 1990 wird Walter Momper erneut Spitzenkandidat der SPD (vgl. Niedermayer/Stöss 2000).

Die jüngste Abgeordnetenhauswahl im betrachteten Zeitraum vom 21. Oktober 2001 war wieder einmal eine vorgezogene Neuwahl, vier Monate nach dem Bruch der großen Koalition (Bankenskandal der landeseigenen Bankgesellschaft Berlin um unseriöse Kreditvergabepraktiken). Formal bestand eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Duldung der PDS. Jedoch lassen die Umstände, die zu dieser Neuwahl führten, darauf schließen, dass informell eine Große Koalition existierte. Zum Zeitpunkt der Abgeordnetenhauswahl waren somit die politisch verantwortliche Regierung im Land und die amtierende Bundesregierung von unterschiedlicher politischer Couleur. Nach dem Verzicht Diepgens stand nun dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Frank Steffel (CDU) als Spitzenkandidat der amtierende Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gegenüber (vgl. Niedermayer/Stöss 2002).

Die Regierungskonstellationen im Bund und im Land vor einer Abgeordnetenhauswahl stellen eine wichtige Kontextbedingung dar. Gleiche Regierungsmuster im Bund und im Land sollten es Wählerinnen und Wähler erleichtern die Bewertung der Arbeit der Bundesregierung maßgeblich in ihrem Wahlentscheid einzubeziehen. Aufgrund dessen greift der Mechanismus der Zurechnung von Verantwortlichkeit an die Regierungsparteien und diese werden je nach ihren perzipierten Leistungen bei der Abgeordnetenhauswahl belohnt oder bestraft. Setzen sich die Regierungen im Land und im Bund aus unterschiedlichen Parteien zusammen, können Wählerinnen

und Wähler Verantwortung schlechter zuweisen und ihr Verhalten bei Landtagswahlen ist schwer vorherzusagen. Der folgende Abschnitt erläutert detailliert, wie die in der Theorie verwendeten Konzepte operationalisiert, und welche Daten für einen Test der Hypothesen verwendet werden.

4. Operationalisierung und Datenbasis

Welchen Einfluss hat die Bundespolitik im betrachteten Zeitraum auf die Abgeordnetenhauswahlen? Gemäß der entwickelten Theorie spiegelt sich der Einfluss der Bundespolitik am deutlichsten in den Zweitstimmenanteilen derjenigen Landesparteien wider, die im Bund regieren, selbst wenn für landes- bzw. wahlspezifische Einflussfaktoren kontrolliert wird. Übertragen auf individuelle Wahlentscheidungen bedeutet das, dass sich der Einfluss der Bundespolitik in der Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler niederschlagen sollte, bei einer Abgeordnetenhauswahl für Parteien der jeweiligen Bundesregierung zu stimmen. Als abhängige Variable kommen prinzipiell mehrere Varianten der Recodierung der Wahlabsichtsfrage in Betracht. Die einfachste und hier verwendete ist die dichotome Entscheidung für (= 1) oder gegen (= 0) die Wahl einer der im Bund regierenden Parteien. Dabei wird die Nichtwahl auch als Form eines Votums gegen die im Bund regierenden Parteien verstanden.

Wie lässt sich der Einfluss der Bundespolitik operationalisieren? Die ideale unabhängige Variable wäre die individuelle Bewertung der Arbeit der Bundesregierung. Hierin sollte sich der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidungen der Wählerschaft bei Landtagswahlen ausdrücken. Leider sind entsprechende Fragen im betrachteten Zeitraum nur in den letzten beiden Wahlstudien vorhanden. Möchte man aber nicht auf alle anderen Wahlen verzichten, so bleibt nur der Versuch, die Leistungsbewertung der Regierungsarbeit quasi als Kontextmerkmal „Regierungspopularität“ für jede einzelne Wahl zu erfassen. Der Nachteil einer solchen Strategie ist, dass die Ausprägungen dieser Kontextvariablen nicht mehr über die Befragten eines Wahljahres variieren können.

Das Kontextmerkmal Regierungspopularität, das das Meinungsklima bezüglich der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung messen soll und letztlich den Einfluss der Bundespolitik operationalisiert, wird folgendermaßen konstruiert. Das Meinungsklima vor einer Wahl bezüglich der Leistungsbewertung der jeweiligen Bundesregierung sollte sich in der veröffentlichten Meinung bzw. in der Berichterstattung über politische Ereignisse widerspiegeln und es Wählerinnen und Wählern ermöglichen, ihre diesbezügliche Meinung zu bilden. Dazu verwende ich einen Ereignisdatensatz, der auf inhaltsanalytisch ausgewerteten Artikeln in den Tageszeitungen FAZ und SZ beruht.⁵ Ich nehme also vereinfachend an, dass die Berichterstattung in den Medien die Popularität der Regierung bestimmt. Für die Bewertung

5 Die Ereignisdaten sind im Rahmen des DFG-Projekts „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen“ von Kai-Uwe Schnapp und Kollegen erstellt worden. Nähere Erläuterungen zu diesen Daten finden sich in dem Beitrag von Brislinger und Schnapp in diesem Band.

der Bundesregierung sollten nur Ereignisse der Bundesebene Berücksichtigung finden. Ereignisse können ihrer Wirkung nach entweder positiv, neutral oder negativ für die Wahlchancen einer Partei der Bundesregierung sein. Darüber hinaus sollte die Intensität eines Ereignisses, das heißt die Häufigkeit der Berichterstattung über ein Ereignis, für die Bewertung der Regierungsarbeit einen Unterschied machen. Ereignisse, über die häufiger berichtet wird und die Parteien der Bundesregierung betreffen, sollten als Bewertungskriterium für die Wählerschaft einfacher zur Verfügung stehen und sich somit entsprechend stärker auf die Popularität der Bundesregierung auswirken. Natürlich ist nicht anzunehmen, dass mit jedem weiteren Artikel der Einfluss eines relevanten Ereignisses auf die Popularität der Bundesregierung im gleichen Maße steigt. Daher werde ich die Intensität der Berichterstattung durch den Logarithmus der absoluten Nennungshäufigkeit eines Ereignisses des Datensatzes operationalisieren, sodass letztlich für jede Partei der Bundesregierung die erwartete Wirkungsrichtung eines wahlrelevanten Ereignisses auf der Bundesebene mit der Intensität der Berichterstattung gewichtet wird. Somit können wir die Wirkung potenziell wahlrelevanter Ereignisse auf verschiedene Parteien quantifizieren. Alle Bundesregierungen im betrachteten Zeitraum sind jedoch Koalitionsregierungen. Daher wird die Wirkung jedes Ereignisses der *Bundesebene* für alle Parteien der *Bundesregierung* entsprechend gemittelt und dann jahresweise aufsummiert. So ergeben sich jährlich variierende Popularitätswerte, die als Kennzahlen für die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung stehen und als Kontextmerkmal in die Analyse miteinbezogen werden können.

Tabelle 2 verdeutlicht, dass die Arbeit der sozial-liberalen Bundesregierung vor der Abgeordnetenhauswahl 1981 besonders positiv bewertet wurde (1.4), während die rot-grüne Bundesregierung vor der Abgeordnetenhauswahl 1999 besonders schlechte Noten erhielt (-5.2).⁶

Neben der rein unitaristischen Hypothese bezüglich des konstanten Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen möchte ich auch die von mir entwickelte Modifikation testen, nach der bei Landtagswahlen die Stärke (aber nicht die Richtung) des Einflusses der Bundespolitik auf die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für eine Partei der Bundesregierung über den betrachteten Zeitraum nicht konstant ist, sondern von der Zurechenbarkeit der Regierungsleistung in den Augen der Wählerinnen und Wähler abhängt. Dafür benötige ich eine Indikatorvariable, die bestimmte Koalitionskonstellationen als Kontexte hervorhebt, in denen individuelle Wahlentscheidungen besonders unter dem Einfluss der Bundespolitik stehen. Das ist genau dann der Fall, wenn Regierungsleistungen einfach zurechenbar sind. Die Variable Zurechenbarkeit variiert folglich nur von Wahljahr zu Wahljahr, ist aber als Kontextvariable für alle Befragten innerhalb einer Vorwahlstudie konstant. Wie in Tabelle 2 dargestellt, ist Zurechenbarkeit = 1, wenn die Regierungen im Bund und im Land durch dieselbe Partei gestellt werden. In allen anderen Fällen nimmt die Variable

6 Die auf Ereignisdaten basierenden Ergebnisse können mit Popularitätswerten der Bundesregierung aus Vorwahlumfragen, die auf das spezielle Untersuchungsgebiet hochaggregiert bzw. entsprechend interpoliert wurden, extern validiert werden. Beide Zeitreihen korrelieren erfreulich hoch ($r = .77$).

den Wert 0 an. Nach diesem Kriterium sollten individuelle Wahlentscheidungen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zwischen 1979 und 1989 stärker unter dem Einfluss der Bundespolitik stehen als bei den Wahlen ab 1990.

Tabelle 2: Verteilung der Kontextvariablen Regierungspopularität und Zurechenbarkeit der Regierungsleistung, 1979-2001

	Abgeordnetenhauswahl							
	1979	1981	1985	1989	1990	1995	1999	2001
Regierungspopularität	0.3	1.4	0.0	-2.9	0.5	0.0	-5.2	-0.5
Zurechenbarkeit (1 = einfach)	1	1	1	1	0	0	0	0

Quelle: Ereignisdaten, eigene Berechnungen.

In Anlehnung an den föderalistischen Ansatz verwende ich zur Abschätzung der Verfügbarkeit landesspezifischer Bewertungsmassstäbe und ihrer Nutzung für die Wahlentscheidung zwei Konzepte, die in allen verfügbaren Individualdatensätze operationalisiert werden können: Partei- und Kandidatenpräferenzen. Diese dienen im unitaristischen Erklärungsmodell als Kontrollvariable.

Parteipräferenzen sind in den verfügbaren Vorwahlstudien nicht in einer einheitlichen Operationalisierung enthalten. Zudem kann die Stärke dieser Präferenz nicht vergleichend gemessen werden. Um ein funktional äquivalentes Maß (vgl. van Deth 1998; Rathke 2007) der Parteipräferenz zu konstruieren, bleibt letztlich nur der systematische Versuch, für alle Befragten jeweils eine eindeutig präferierte Partei zu rekonstruieren. Wenn möglich, verwende ich dazu die sogenannten Parteiskalometer. Stehen Parteiskalometer der Landesparteien nicht zur Verfügung oder haben die Befragten mehr als eine präferierte Partei, benutze ich – falls vorhanden – ein Parteienranking zur Bestimmung einer eindeutigen Parteipräferenz. Als letzte Möglichkeit, eine eindeutige Präferenz der Befragten zu bestimmen, verwende ich die Recall-Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Abgeordnetenhauswahl und interpretiere diese, Pappi und Thurner (2000) folgend, als weitere Variante der Parteipräferenz. Schließlich konstruiere ich aus den so gemessenen Parteipräferenzen eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die Befragten eine Partei der amtierenden Bundesregierung am stärksten präferieren, und 0, wenn sie eine andere Partei präferieren. Befragte, die eine Partei der Bundesregierung präferieren, sollten bei Abgeordnetenhauswahlen über eine höhere Wahrscheinlichkeit verfügen, eine dieser Parteien zu wählen.

Vor ähnlichen Herausforderungen steht man bei der Operationalisierung von Kandidatenpräferenzen. Bei der verwendeten Frage werden den Befragten oft nur die Spitzenkandidaten der beiden großen Volksparteien vorgegeben. Vor allem in älteren Studien gab es manchmal mehrere Optionen, oder – wie 2001 – sogar offiziell drei Kandidaten⁷ für die Senatsspitze. In solchen Fällen, oder wenn das Ranking zweier Kandidaten zu keinem Ergebnis geführt hat, vergleiche ich, falls vor-

7 Gregor Gysi (PDS) war der Dritte im Bunde.

handen, die entsprechenden Skalometerwerte der Spitzenkandidaten von CDU und SPD. Damit lässt sich entscheiden, welcher dieser Kandidaten präferiert wird. Für den Fall, dass immer noch kein eindeutig präferierter Kandidat bestimmt werden konnte, verwende ich die Antworten auf die Frage nach dem bevorzugten Regierenden Bürgermeister, bei dem die Befragten allerdings mehr als zwei Kandidaten zur Auswahl haben. Schließlich rekodiere ich die so gewonnenen Kandidatenpräferenzen abhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation im Bund zu einer weiteren Dummy-Variablen. Wird der Kandidat der kanzlerstellenden Partei präferiert, erhalten diese Befragten den Wert 1, ansonsten 0. Die Erwartung ist wiederum, dass für Befragte, die den Kandidaten der kanzlerstellenden Partei präferieren, eine höhere Wahrscheinlichkeit besteht, bei Abgeordnetenhauswahlen für eine Partei der Bundesregierung zu stimmen.

Als Datenbasis verwende ich ausnahmslos repräsentative Vorwahlbefragungen aller Abgeordnetenhauswahlen im besagten Zeitraum, die vom Zentralarchiv in Köln zur Verfügung gestellt wurden. Im Einzelnen benutze ich für die entsprechenden Wahljahre Vorwahlbefragungen, die in einem integrierten Datensatz (ZA 4282) vorliegen.⁸ Für das Wahljahr 1990 benutze ich aufgrund der Verfügbarkeit von Items zur Messung der Kandidatenpräferenz die Berliner Befragten einer bundesdeutschen Vorwahlbefragung (ZA 2297).⁹

5. Datenanalyse und Interpretation der Ergebnisse

Unter welchen Bedingungen können wir erwarten, dass die Bundespolitik einen entsprechenden Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung bei Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen hat? Das inhaltliche Erkenntnisinteresse der Forschungsfrage besteht somit nicht darin, ob die Bundespolitik für eine bestimmte Wahl einen Einfluss gehabt hat oder nicht. Es geht bei der Überprüfung der Hypothese daher nicht darum, eine bestimmte Wahl zu analysieren. Vielmehr soll aus dem Vergleich aller Wahlen auf systematische, empirisch vorhersagbare Gemeinsamkeiten und Unterschiede geschlossen werden. Die Stärke des Einflusses der Bundespolitik auf die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für eine Partei der Bundesregierung sollte davon abhängen, wie leicht Wählerinnen und Wähler Parteien der Bundesregierung für ihre Regierungsleistungen bestrafen oder auch belohnen können. Regierungsleistung ist leichter zurechenbar, das heißt die Bundespolitik hat einen stärkeren Einfluss auf individuelle Wahlentscheidungen, wenn Bundes- und Landesregierung von denselben Parteien gebildet werden.

8 Die Daten sind beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) in Köln unter folgenden Nummern archiviert: ZA 2312 (1979), ZA 2313 (1981), ZA 1465 (1985), ZA 1766 (1989), ZA 2649 (1995), ZA 3894 (1999), ZA 3862 (2001). Alle Umfragen wurden vom ZA in Kooperation mit den Universitäten Halle und Stuttgart zu einem gemeinsamen Datensatz integriert (ZA 4182).

9 Evelyn Brislinger vom ZA Köln sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für das prompte und unkomplizierte Handling meiner Anfrage sowie für die schnelle Bereitstellung dieses Datensatzes.

Sowohl die Regierungspopularität, also die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung, als auch die Zurechenbarkeit, das heißt die Möglichkeit, Parteien der Bundesregierung für ihre Politik verantwortlich zu halten, sind als Kontexteffekte operationalisiert. Neben dem obigen inhaltlichen Erkenntnisinteresse gibt es auch spezifische methodische Notwendigkeiten dafür, dass nicht jede Abgeordnetenhauswahl für sich analysiert werden kann. Die Kontextvariablen variieren nicht innerhalb eines Wahljahres, sondern zwischen Befragten verschiedener Wahljahre, sodass der Einfluss der Kontextvariablen „Regierungspopularität“ sowie „Zurechenbarkeit“ nur in einer gemeinsamen Analyse aller Daten identifiziert werden kann.

Da die abhängige Variable dichotom ist, liegt die Schätzung eines Probit-Modells nahe. Beachtet man weiter, dass es möglicherweise ungemessene Heterogenität zwischen den Jahren (und es sind nur acht Wahlen) aufgrund von wahlspezifischen Faktoren gibt, die aber letztlich normal verteilt sind (v_i), scheint ein Random Effects Probit-Model (vgl. Kittel 2006; Pötschke 2006) die effizienteste Schätzstrategie für die vorliegende Fragestellung und Daten zu sein.

Die Wahrscheinlichkeit, bei Abgeordnetenhauswahlen eine Partei der Bundesregierung zu wählen, sollte nach der Konzeption der Föderalisten von landesspezifischen Faktoren bestimmt sein, die als „Parteipräferenz“ und „Kandidatenpräferenz“ operationalisiert sind. Die Unitaristen hingegen betonen alternativ bzw. in Ergänzung dazu den Einfluss der Bundespolitik, der durch die Kontextvariable „Regierungspopularität“ operationalisiert wird. Mein theoretischer Beitrag besteht darin, anzugeben, unter welchen Bedingungen sich die Bundespolitik eher auf den individuellen Entscheidungsprozess auswirkt. Die Dummy-Variable „Zurechenbarkeit“ unterscheidet dabei Kontexte, in denen der Effekt der Bundespolitik eine größere bzw. eine kleinere Rolle für individuelle Wahlentscheidungen spielt. Da die Bundespolitik gemäß meiner zentralen Hypothese einen stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der Bundesregierung hat, je einfacher die Wähler die Regierungsleistung zurechnen können, muss die Abhängigkeit des Einflusses der Regierungspopularität von der Zurechenbarkeit durch den folgenden Interaktionsterm „Regierungspopularität $\times$ Zurechenbarkeit“ operationalisiert und zusammen mit den beteiligten Haupteffekten, „Regierungspopularität“ und „Zurechenbarkeit“, geschätzt werden. Somit ergibt sich das folgende Schätzmodell:

Pr (Wahl einer Partei der Bundesregierung) =

$$\Phi (\beta_0 + \beta_1 \text{Parteipräferenz} + \beta_2 \text{Kandidatenpräferenz} + \beta_3 \text{Regierungspopularität} + \beta_4 \text{Zurechenbarkeit} + \beta_5 \text{Regierungspopularität} \times \text{Zurechenbarkeit} + v_i)$$

Die beiden landesspezifischen Faktoren, Parteipräferenz und Kandidatenpräferenz, sollten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, eine Partei der Bundesregierung zu wählen. Die beiden Koeffizienten β_1 und β_2 sollten daher signifikant positiv sein. Der Einfluss der Bundespolitik manifestiert sich in dem Effekt der Regierungspopularität, die sich im Allgemeinen positiv auf die Wahrscheinlichkeit, eine Partei der Bundesregierung zu wählen, auswirken sollte. Daher erwarten Unitaristen einen signifikant positiven Koeffizienten β_3 während Föderalisten keinen systematischen Effekt vermuten. Einen dritten Weg zeigt meine Modifikation der unitaristischen Hypothese,

nach welcher der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der Bundesregierung von der Zurechenbarkeit der Regierungsleistung abhängt. In diesem Fall wäre der Koeffizient β_5 des Interaktionseffektes „Regierungspopularität $\times$ Zurechenbarkeit“ positiv.

Tabelle 3 präsentiert die Schätzergebnisse zweier Random-Effects Probit Regressionen. Modell (1) testet die Hypothesen der Föderalisten und Unitaristen. Modell (2) geht einen Schritt weiter und bietet zudem einen direkten Test meiner Hypothese.

Tabelle 3: Bestimmungsgründe der Wahl einer Partei der Bundesregierung bei Abgeordnetenhauswahlen in Berlin, 1979-2001
(Angaben: geschätzte Koeffizienten von Random-Effects Probit Regressionen, Standardfehler in Klammern)

Unabhängige Variablen		Abhängige Variable: Wahl einer Partei der Bundesregierung (1 = Ja; 0 = Nein)	
		(1)	(2)
β_1	Parteipräferenz	1.887 ^b (.040)	1.886 ^b (.040)
β_2	Kandidatenpräferenz	.763 ^b (.042)	.765 ^b (.042)
β_3	Regierungspopularität	-.015 (.046)	-.052 (.041)
β_4	Zurechenbarkeit	— —	-.132 (.146)
β_5	Reg.spopularität $\times$ Zurechenbarkeit	— —	.158 ^a (.073)
β_0	Konstante	-1.932 ^b (.106)	-1.876 ^b (.114)

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; N = 8878, 8 Wahlen. Quelle: IDS ZA 4182, ZA 2292.

Als erstes Ergebnis bleibt festzuhalten, dass landesspezifische Faktoren landesspezifische Wahlentscheidungen beeinflussen. Wie von den Föderalisten erwartet, sind die Koeffizienten der Partei- wie auch der Kandidatenpräferenz in beiden Modellen positiv. Wahlentscheidungen bei Abgeordnetenhauswahlen sind abhängig von Faktoren, die erst einmal nichts mit der Bundesebene zu tun haben müssen. Parteipräferenzen haben offensichtlich, zumindest in diesem Datensatz, einen stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung für eine Partei der Bundesregierung als individuelle Präferenzen für einen der Spitzenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters. Die Ergebnisse sind sehr robust, wie man aus dem Vergleich der Koeffizienten zwischen beiden Modellen ersehen kann.¹⁰

Wie steht es aber mit dem Einfluss der Bundespolitik? Modell (1) zeigt im Gegensatz zu den Annahmen der Unitaristen, dass es im Allgemeinen keinen direkten, vom Zufall verschiedenen Zusammenhang gibt zwischen der Bewertung der Bundesregierung und der Wahrscheinlichkeit, eine ihrer Parteien bei Abgeordnetenhauswahlen zu wählen. Modell (2) zeigt jedoch, dass die allgemeinen Vorstellungen

10 Die Schätzergebnisse bleiben zudem qualitativ dieselben (mit der Ausnahme der Wahl 1999), wenn jeweils die Beobachtungen einer Wahl aus dem kombinierten Datensatz gelöscht und die Modelle auf Basis der verbleibenden Beobachtungen geschätzt werden.

der Unitaristen womöglich nur etwas weniger komplex sind. Einflüsse der Bundespolitik sind sehr wohl feststellbar, allerdings nur für den Fall, dass die Regierungsleistungen für Wählerinnen und Wähler einfach zuzurechnen sind. Der Interaktionseffekt repräsentiert direkt den statistischen Vergleichstest des Einflusses der Bundespolitik zwischen Wahlen, in denen die Wählerschaft es einfach (Zurechenbarkeit = 1) bzw. nicht einfach (Zurechenbarkeit = 0) hat, Parteien der Bundesregierung für ihre Regierungsleistungen auf der Bundesebene zu belohnen bzw. zu bestrafen.

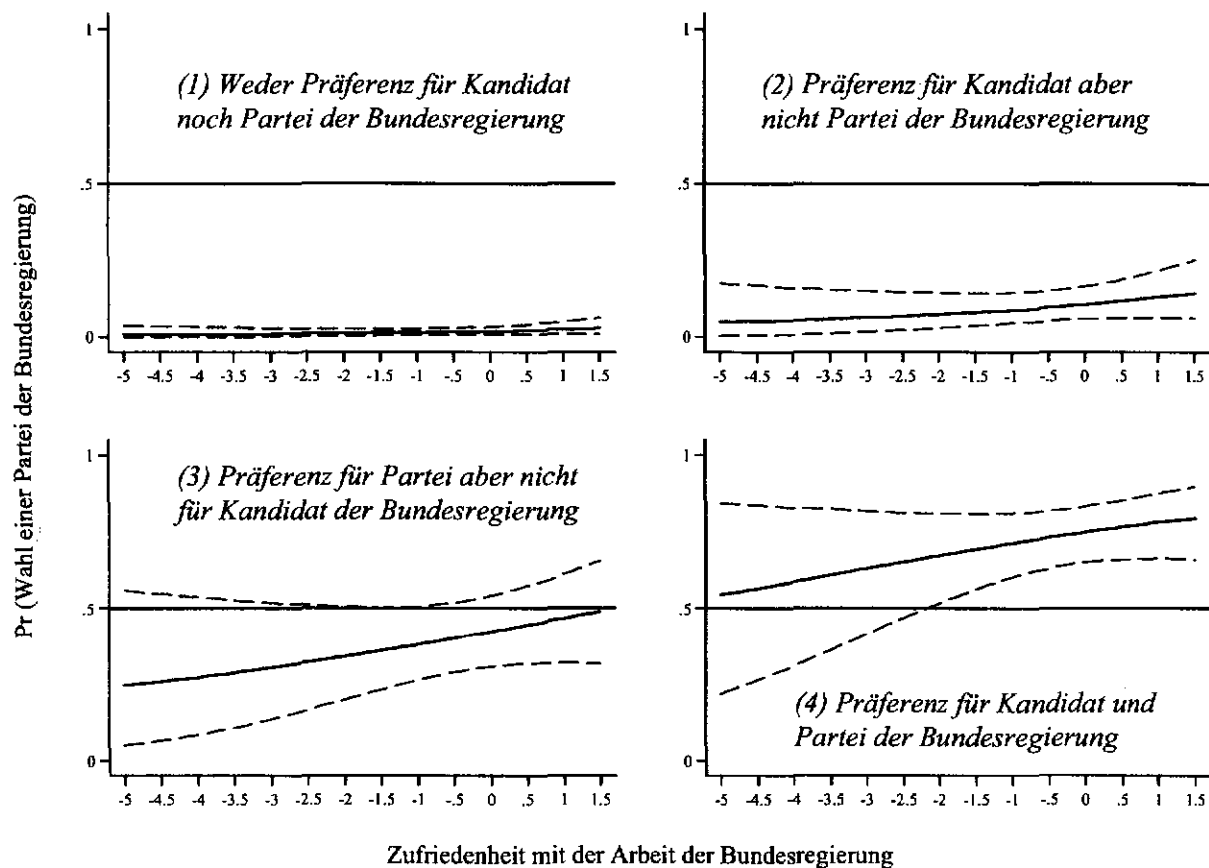
Der in Modell (2) geschätzte Koeffizient β_5 liefert starke Evidenz für meine grundlegende Hypothese. Die Stärke des Einflusses der Bundespolitik auf die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für eine Partei der Bundesregierung hängt, wie erwartet, von der Zurechenbarkeit der Regierungstätigkeit ab. Sind die elektoralen Folgen der Politikverflechtung derart, dass Bundes- und Landesregierung von gleicher politischer Couleur sind und es damit für die Wählerschaft entsprechend einfacher wird, die Parteien der Bundesregierung für ihre Arbeit verantwortlich zu machen, dann tun die Wählerinnen und Wähler das wie erwartet: Sie belohnen die Parteien der Bundesregierung für gute Arbeit mit ihrer Wahl im Land und bestrafen sie für schlechte Arbeit mit Wahlenthaltung oder der Stimmabgabe für eine im Bund oppositionelle Partei.

Die Interpretation geschätzter Effekte des Einflusses der Bundespolitik auf die Wahrscheinlichkeit, bei Abgeordnetenhauswahlen eine Partei der Bundesregierung zu wählen, ist substanziell wenig aussagekräftig, da die Koeffizienten eines Probit-Modells aufgrund fehlender Linearität und Additivität nicht alleine für sich betrachtet werden können. Für eine weitergehende substanzielle Interpretation dieser Schätzergebnisse werde ich für theoretisch relevante Szenarien Vorhersagen machen, die Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von Befragten ermöglichen, ihre Zweitstimme bei Abgeordnetenhauswahlen für eine Partei der Bundesregierung abzugeben. Wie wichtig sind für das individuelle Wahlverhalten das Zusammenspiel von Partei- bzw. Kandidatenpräferenzen und die Popularität der Bundesregierung? Können positive Bewertungen der Arbeit der Bundesregierung tatsächlich Anhänger der Opposition oder Nichtwähler dazu motivieren, doch für eine Partei der Bundesregierung zu stimmen? Umgekehrt wäre interessant zu wissen, unter welchen Bedingungen schlechte Regierungsbewertungen trotzdem zur Stimmabgabe für eine Partei der Bundesregierung führen. Die Ergebnisse dieser hypothetischen, aber theoretisch interessanten kontrafaktischen Szenarien werde ich basierend auf den Ergebnissen von Modell (2) simulieren und im Folgenden graphisch veranschaulichen.

Für den Fall, dass Bundes- und Landesregierung von den gleichen Parteien gestellt werden, zeigt Abbildung 2 den geschätzten Zusammenhang zwischen der Bewertung der Arbeit der Bundesregierung, abgetragen jeweils auf der horizontalen Achse, und der Wahrscheinlichkeit bei Abgeordnetenhauswahlen eine Partei der Bundesregierung zu wählen, die jeweils auf der vertikalen Achse verzeichnet wird. Der geschätzte Zusammenhang variiert systematisch, je nachdem ob Wählerinnen und Wähler entsprechende Voreinstellungen in Form von Parteien- bzw. Kandidatenpräferenzen für die Wahl einer Partei der Bundesregierung besitzen oder nicht. Um den Vergleich zwischen den vier unterschiedlichen Szenarien zu erleichtern, werden die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (durchgezogene Linien) sowie die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle (gestrichelte Linien) in einer Abbildung dar-

gestellt. Wegen der Nichtlinearität des Schätzmodells, können diese Linien natürlich keine Geraden sein.

Abbildung 2: Zum Einfluss der Bundespolitik auf Abgeordnetenhauswahlen bei einfacher Zurechenbarkeit der Regierungsleistung, 1979-2001



Die beiden Grafiken der rechten Spalte (Szenario 2 bzw. 4) zeigen jeweils die Bereitschaft der Befragten, die den Spitzenkandidaten der kanzlerstellenden Partei für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bevorzugen. In den Grafiken der linken Spalte (Szenario 1 bzw. 3) wird folglich die Bereitschaft der Befragten dargestellt, die den entsprechend anderen Kandidaten bevorzugen bzw. keine eindeutige Kandidatenpräferenz besitzen. Die jeweils unteren Grafiken einer Spalte (Szenario 3 bzw. 4) stellen die Wahlbereitschaft von Befragten dar, die zudem eine der Parteien der Bundesregierung präferieren. In der jeweils oberen Graphik einer Spalte (Szenario 1 bzw. 2) wird die Bereitschaft der Befragten dargestellt, die keine der im Bund regierenden Parteien für das Land präferieren.

Der Einfluss von Partei- bzw. Kandidatenpräferenzen auf die Wahrscheinlichkeit, bei Abgeordnetenhauswahlen in Berlin eine Partei der Bundesregierung zu wählen, spiegelt sich in den Niveauunterschieden der jeweiligen Wahlwahrscheinlichkeiten wieder, die an den Kurvenverläufen der durchgezogenen Linien unmittelbar erkennbar sind. Betrachten wir zuerst den Effekt der Kandidatenpräferenz. Szenarien (1) und (2) haben gemeinsam, dass es sich um vorhergesagte Wahlwahrscheinlichkeiten für Befragte ohne entsprechende Parteipräferenzen handelt. Sie unterscheiden sich nur dahingehend, dass im letzteren Fall die Befragten eine entsprechende Kandida-

tenpräferenz besitzen. Unabhängig von der jeweiligen Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sind die Niveauunterschiede beider Kurven sehr gering. Deutlich größer scheint der Effekt der Kandidatenpräferenz zu sein, wie der Vergleich der Szenarien (3) und (4) zeigt, wenn die Befragten zudem bereits eine entsprechende Parteipräferenz besitzen.

Der Effekt der Parteipräferenz scheint dagegen relativ unabhängig davon zu sein, ob der Kandidat der kanzlerstellenden Partei als Regierender Bürgermeister präferiert wird oder nicht. Vergleicht man dazu den Niveauunterschied zwischen den Szenarien (1) und (3) bzw. (2) und (4), stellt man fest, dass die Kurven innerhalb einer Spalte ähnlich stark ansteigen. Es spielt also für den von einer entsprechenden Parteipräferenz bedingten Niveauunterschied praktisch keine Rolle, ob Befragte nun eine dazu passende Kandidatenpräferenz entwickelt haben, wie in Szenarien der rechten Spalte, oder nicht, wie in den Szenarien der linken Spalte.

Wie steht es aber mit dem Einfluss der Bundespolitik auf individuelle Wahlwahrscheinlichkeiten für eine Partei der Bundesregierung bei Abgeordnetenhauswahlen? Die Stärke des Einflusses der Bundespolitik drückt sich in der Steigung der Kurven in jedem Punkt aus. In jedem Szenario ist diese Steigung im gesamten Wertebereich der Variablen wie erwartet positiv. Für Befragte, die mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden sind, wird eine wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit vorausgesagt eine Partei der Bundesregierung zu wählen als für Unzufriedene. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel der Regierungspopularität mit einer entsprechenden Parteipräferenz. Ein Vergleich der Szenarien der oberen mit denen der unteren Zeile macht deutlich, dass der Einfluss der Regierungspopularität besonders stark für Unterstützer des eigenen Lagers zu sein scheint. Für Befragte mit entsprechender Parteipräferenz (untere Zeile) macht es einen deutlicheren Unterschied, ob sie die Regierungsleistungen positiv statt negativ bewerten, als bei Befragten, die keine entsprechende Parteipräferenz haben (obere Zeile). Letztere scheinen ihre Wahlentscheidung nur schwach, wenn überhaupt, von der Bundespolitik abhängig zu machen. So gesehen kommt die Ausbildung einer entsprechenden Parteipräferenz für eine Partei der Bundesregierung einem Katalysator gleich, der im günstigsten Fall, das heißt bei einfacher Zurechenbarkeit der Regierungsleistung, die Bewertung der Regierungsarbeit als weiteres Entscheidungskriterium für die individuelle Wahlentscheidung nahe gelegt bzw. eine entsprechende Bereitschaft verstärkt.

Abgesehen von der Stärke des Effekts ist die Frage, wie entscheidend für die individuelle Wahlentscheidung der Einfluss der Bundespolitik überhaupt ist? Liegen die vorhergesagten Wahlwahrscheinlichkeiten samt ihrer Konfidenzintervalle über dem Schwellenwert von 0,5, dann sagt das statistische Modell eine Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der Bundesregierung voraus. Umgekehrt wird die Wahl einer anderen Partei bzw. eine Wahlenthaltung vorhergesagt, wenn die Wahlwahrscheinlichkeiten samt ihrer Konfidenzintervalle unterhalb des Schwellenwerts von 0,5 liegen.

Aus Abbildung 2 lässt sich dazu Folgendes ablesen: Ob eine Bundesregierung populär ist oder nicht, erhöht die individuelle Bereitschaft für eine Partei der Bundesregierung die Stimme abzugeben nicht mehr wesentlich, wenn Partei- bzw. Kandidateneffekte kontrolliert werden. Wirklich einflussreich wäre die Bundespolitik,

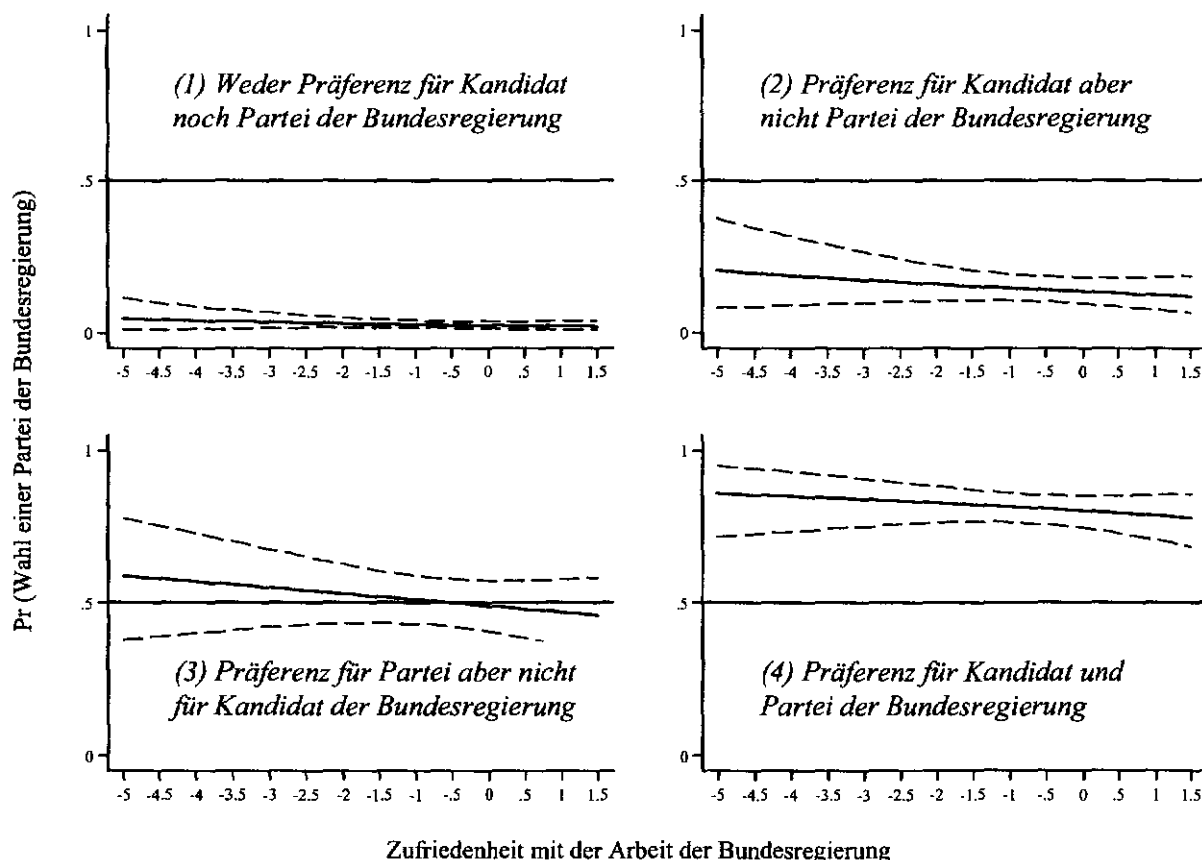
wenn z.B. Befragte, die aufgrund ihrer Kandidaten- oder Parteienpräferenz eigentlich entgegengesetzt disponiert wären, wie in Szenario (1), sich aber dann doch für eine Partei der Bundesregierung aussprechen, falls diese positiv bewertet würden. Dies ist aber nicht so. Alle Linien bleiben unterhalb des entsprechenden Schwellenwerts von 0,5. Dies ändert sich nicht, wenn die Befragten zumindest den Kandidaten der kanzlerstellenden Partei für den Posten des Regierenden Bürgermeisters präferieren, wie in Szenario (2) zu sehen ist. Szenario (3) offenbart sehr schön das Mobilisierungsproblem, das immer wieder im Zusammenhang der Analysen politischer Beteiligung bei Landtags- bzw. Abgeordnetenwahlen zu Tage tritt. Auch hier hat die Regierungspopularität keinen großen Einfluss auf individuelle Wahlentscheidungen. Trotz entsprechender Parteipräferenz reicht selbst eine sehr positive Bewertung der Regierungsarbeit nicht aus, um solche Wählerinnen und Wähler auf die Wahl einer Partei der Bundesregierung festzulegen, sofern der eigene Kandidat unpopulär ist. Positive Regierungsbewertungen allein führen dagegen nicht zur Wahl einer Partei der Bundesregierung. Wie Szenario (4) zeigt, ist ein populärer Kandidat sowie eine entsprechende Präferenz für eine Partei der amtierenden Bundesregierung hierfür erforderlich. Präferieren Anhänger des Regierungslagers im Bund zusätzlich den entsprechenden Kandidaten der kanzlerstellenden Partei, können diese prinzipiell für eine entsprechende Stimmabgabe mobilisiert werden. Das gilt selbst dann wenn die Bewertung der Regierungsarbeit negativ ist (wobei für sehr schlechte Bewertungen von unter -2 nur noch eine entsprechende Tendenz feststellbar ist).

Die bisherigen Ergebnisse sind immer unter der Voraussetzung zu sehen, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen im Bund und im Land dieselbe ist, weil dies in den Augen der Wähler die Zurechenbarkeit der Regierungsleistungen erleichtert. Was ist jedoch in Konstellationen zu erwarten, in denen die Regierungen nicht kongruent sind? Für die Interpretation der entsprechenden Schätzergebnisse (Modell 2) aus Tabelle 3 betrachte ich dieselben Szenarien – nun allerdings für Situationen, in denen die Zurechnung der Regierungsleistung erschwert ist. Abbildung 3 fasst den geschätzten Zusammenhang zwischen der Bewertung der Arbeit der Bundesregierung und der Stimmabgabe für eine Partei der Bundesregierung zusammen. Wie in der vorhergehenden Abbildung werden auch hier die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten als durchgezogenen Linien sowie die zugehörigen 95%-Konfidenzintervalle als gestrichelte Linien für alle vier Szenarien dargestellt.

Werden die Bundes- und die Landesregierung nicht von derselben Partei gestellt, dann hat die Bundespolitik offenbar keinen positiven Einfluss mehr auf die Bereitschaft, eine Partei der Bundesregierung bei Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu wählen. Entscheidend für die Wahlentscheidung sind in diesem Fall vielmehr das Vorliegen entsprechender Partei- und Kandidatenpräferenzen, die unabhängig von der Bewertung der Regierungsarbeit im Bund individuelle Wahlentscheidungen vorstrukturieren. Die Parteien der Bundesregierung im Land können, und das ist etwas überraschend, nicht einmal einen geringen Nutzen aus guten Regierungsbewertungen im Bund ziehen. Wenn überhaupt, aber das sind nur Tendenzen, die aus den fallenden Kurven ersichtlich werden, geht die Bereitschaft, für eine Partei der Bundesregierung zu stimmen, zurück, je populärer die Bundesregierung ist. Wenn dies nicht nur der Operationalisierung der Regierungspopularität als Kontextvariable geschuldet ist, dann würde das bedeuten, dass Landesregierungen gleich welcher

politischen Couleur, es tendenziell schaffen, sich als verantwortlicher Repräsentant der Bundesregierung im Land zu präsentieren – jedenfalls in den Augen der Wählerinnen und Wählern. Natürlich könnte das auch ein Artefakt sein, weil hier nicht die Wahlbereitschaft nach Parteien getrennt dargestellt wird. Eine Evaluierung dieses Sachverhaltes würde aber den Rahmen dieses Kapitels sprengen.

Abbildung 3: Einfluss der Bundespolitik auf Abgeordnetenhauswahlen bei schwieriger Zurechenbarkeit der Regierungsleistung, 1979-2001



Als Ergebnis bleibt somit festzuhalten, dass der Einfluss der Bundespolitik im günstigsten Fall, das heißt wenn Regierungsleistungen einfach zuzurechnen sind, im Vergleich zu Partei- und Kandidatenpräferenzen nur eine untergeordnete Rolle spielt. Abgeordnetenhauswahlen sind also keine Testwahlen für den Bund. Allein landespolitische Faktoren reichen aber zur Erklärung nicht aus, wenn die Wählerinnen und Wähler Regierungsleistungen leicht einer Partei zurechnen können. Die Ergebnisse unterstützen die unitaristische Position im Falle gleichartiger Regierungskoalitionen im Land wie im Bund. Die Evidenz im anderen Fall, wenn die Regierungskonstellationen nicht kongruent sind, bestätigt die Hypothesen der Föderalisten.

6. Abgeordnetenhauswahlen sind keine Bundestagswahlen

Bei der Frage nach dem Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen geht es um mehr als ein ‚ob-oder-ob-nicht‘ – ob die Bundespolitik für eine bestimmte Abgeordnetenwahl eine Rolle gespielt hat oder nicht. Wesentlich wichtiger für das Verständnis von Regierbarkeit und der Rolle von allgemeinen Wahlen in Mehrebenensystemen ist es, Bedingungen anzugeben, unter denen welche Akteure vom Souverän in welcher Weise für politisches Handeln verantwortlich gemacht werden können. Vereinfachend wurde hier die individuelle Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler untersucht, ihre Stimme für die Landesorganisation der Parteien abzugeben, die die Bundesregierung stellen.

Das Ergebnis der Fallstudie für Berlin ist klar: Es zeigt sich, dass die Stärke des Einflusses der Bundespolitik, die durch die Popularität der Bundesregierung vermittelt wird, von der Zurechenbarkeit der parteipolitischen Regierungsleistung abhängt. Die Bedingungen, unter denen die Bundespolitik relevant für individuelle Wahlentscheidungen ist, bezeichne ich als elektorale Folgen der Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern. Werden die Regierungen im Bund und im Land von den gleichen Parteien gestellt, dann sind Regierungsleistungen für die Wählerinnen und Wähler leichter bestimmten Parteien zuzurechnen als bei divergierender parteipolitischer Zusammensetzung. Dies schafft die Voraussetzung dafür, dass die elektoralen Folgen der Politikverflechtung erkennbar werden.

Abgeordnetenhauswahlen in Berlin sind keine Testwahlen für den Bund. Die Stärke des Einflusses der Bundespolitik hängt von den elektoralen Folgen der Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern ab. Sind die Regierungen im Land und im Bund von gleicher politischer Couleur, dann fällt den Wählerinnen und Wählern die Zurechnung der Regierungstätigkeit zu bestimmten Parteien relativ leicht. Konsistent mit dieser Idee sind die hier präsentierten Befunde: Die Stärke des direkten Einflusses der Bundespolitik auf Wahlentscheidungen bei Abgeordnetenhauswahlen spielt im günstigsten Fall, das heißt bei leichter Zurechenbarkeit, nur eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu landesspezifischen Faktoren wie der Präferenz für eine Landespartei oder eines Spitzenkandidaten. Die Bundespolitik spielt offenbar keine Rolle, wenn die Zurechnung von Regierungsleistungen zu bestimmten Parteien schwieriger ist.

Sind diese Befunde verallgemeinerbar? Gilt der bedingte Einfluss der Bundespolitik in ähnlicher Weise auch für andere Bundesländer? Während die hier vorgestellte Theorie sicherlich auf Wahlentscheidungen in anderen Bundesländern übertragen werden kann, basiert die empirische Evidenz bisher nur auf acht Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Zweifel hinsichtlich der geringen Variation zentraler Variablen sind sicherlich geboten und können erst in zukünftigen Forschungsarbeiten beseitigt werden. Zudem wurde bisher die modellierte individuelle Entscheidungssituation sehr vereinfachend dargestellt, nämlich als Wahl für oder gegen eine Partei der Bundesregierung. Es ist nicht ohne Weiteres klar, ob man zu substantiell ähnlichen Ergebnissen kommt, wenn die Entscheidungssituation realistischer modelliert wird.

Es ist zudem denkbar, dass der Einfluss der Bundespolitik auf individuelle Wahlentscheidungen überwiegend indirekter Natur ist. Das wäre dann der Fall, wenn die Präferenzen für bestimmte Landesparteien und deren politisches Spitzenpersonal systematisch von der politischen Stimmung im Bund beeinflusst würde. Statt direkt auf Wahlentscheidungen in Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen zu wirken, könnte die Bundespolitik indirekt wirken, quasi durch die Hintertür wieder ins Spiel kommen, indem Wählerinnen und Wähler ihre Parteipräferenzen an bundespolitischen Konstellationen ausrichten. Dann hätten die Unitaristen doch recht, wenn sie von Landtagswahlen als Bundestestwahlen sprechen. Das wäre dann aber eine Unitarisierung durch die Hintertür. Diese in der Tat völlig andere Schlussfolgerung kann letztlich nicht ausgeschlossen werden, zumindest nicht mit dem bestehenden Forschungsdesign. Um diese konkurrierende Sichtweise zu analysieren, bräuchte man ein anderes Forschungsdesign: Panel-Daten oder Experimente wären in diesem Zusammenhang erforderlich.

Die Frage nach dem Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen eröffnet auch den Blick für die Konsequenzen der Verflechtung verschiedener Wahlarenen für die Legitimität politischen Handelns. Zumindest für Abgeordnetenhauswahlen in Berlin sind landesspezifische Determinanten der Wahlentscheidung generell wichtiger als bundespolitische. Berliner Landespolitiker aufgehört! Es lohnt sich womöglich konstruktive Stadtpolitik zu machen, anstatt auf den Bund zu schielen. Umgekehrt kann es an den Berlinern nicht liegen, wenn sich verschiedenste Bundesregierungen, womöglich aus Sorge vor elektoralen Sanktionen bei Abgeordnetenhauswahlen, in die kreative Isolation befördern.

Literatur

- Abedi, Amir/Siaroff, Alan 1999: The Mirror Has Broken, Increasing Divergence Between National and Land Elections in Austria. In: *German Politics* 8, 207-228.
- Alesina, Alberto/Rosenthal, Howard 1995: *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Anderson, Christopher J./Ward, Daniel S. 1996: Barometer Elections in Comparative Perspective. In: *Electoral Studies* 15, 447-460.
- Budge, Ian/Farlie, Dennis J. 1983: *Explaining and Predicting Elections. Issue Effects and Party Strategies in twenty-three Democracies*. London: Allen & Unwin.
- Burkhart, Simone 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976-2000. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Calvert, Randall L./Ferejohn, John A. 1983: Coattail voting in recent presidential elections. In: *American Political Science Review* 77, 407-419.
- Campbell, James E. 1986: Presidential Coattails and Midterm Losses in State Legislative Elections. In: *American Political Science Review* 80, 45-63.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2002. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144-164.
- Debus, Marc 2007: Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005. In: Brettschneider, Frank/Nie-

- dermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen aus Sicht des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43-63.
- van Deth, Jan W. 1998: Equivalence in comparative political research. In: van Deth, Jan W. (Hrsg.): Comparative Politics. The Problem of Equivalence. London: Routledge, 1-19.
- Dinkel, Rainer 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 348-360.
- van der Eijk, Cees/Franklin, Mark N. 1996: Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Fabritius, Georg 1978: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan: Hain.
- Fiorina, Morris 1992: Divided Government. New York: Macmillan.
- Gaines, Brian J./Crombez, Christophe 2004. Another Look at Connections Across German Elections. In: Journal of Theoretical Politics 16, 289-319.
- Gschwend, Thomas 2007a: Institutional Incentives for Strategic Voting and Party System Change in Portugal. In: Portuguese Journal of Social Science 6(1), 15-31.
- Gschwend, Thomas 2007b: Ticket-Splitting and Strategic Voting under Mixed Electoral Rules, Evidence from Germany. In: European Journal of Political Research 46, 1-23.
- Gschwend, Thomas/Leuffen, Dirk 2004: Stuck between a Rock and a Hard Place. Electoral Dilemmas and Turnout in the 2002 French Legislative Elections. In: Lewis-Beck, Michael (Hrsg.): The French Voter. Before and After the 2002 Elections. Houndmills, Basingstoke: Palgrave, 155-177.
- Gschwend, Thomas/Leuffen, Dirk 2005: Divided We Stand - Unified We Govern? The Issue of Cohabitation in the French Elections of 2002. In: British Journal of Political Science 35, 691-712.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut 2001: 'Wenn am nächsten Sonntag ...', Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 473-499.
- Hinich, Melvin J./Munger, Michael C. 1998: Ideology and the theory of political choice. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2003a: Landtagswahlen, Bundestagswahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, 79-94.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2003b: Multi-Level Electoral Competition, Elections and Parties in Decentralized States. In: European Urban and Regional Studies 3, 195-198.
- Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. 1987: News that matters, television and American opinion. Chicago: Chicago University Press.
- Jacobson, Gary C. 1976: Presidential coattails in 1972. In: Public Opinion Quarterly 40, 194-200.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany. In: German Politics 10, 73-98.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel 2003: Regional Elections in Multi-Level Systems. In: European Urban and Regional Studies 10, 199-212.
- Jesse, Eckard 1991: Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 2. Dezember 1990. Die Korrektur der Korrektur von 1989. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, 390-405.
- Jesse, Eckard/Michel, Marco 1996: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995. Die Korrektur der Korrektur von 1989. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, 585-602.
- Johnston, Richard 1980: Federal and Provincial Voting, Contemporary Patterns and Historical Evolution. In: David J. Elkins/Simeon, Richard (Hrsg.): Small Worlds, Provinces and Parties in Canadian Political Life. Toronto: Methuen, 131-178.

- Kaiser, André 2002: Gemischte Wahlsysteme. Ein Vorschlag zur typologischen Einordnung. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12, 1547-1574.
- Kedar, Orit 2006: How Voters Work around Institutions. Policy Balancing in Staggered Elections. In: *Electoral Studies* 25, 509-527.
- Key, Valdimer O. 1964: *Politics, Parties and Pressure Groups*. New York: Thomas Y. Crowell.
- Kittel, Bernhard 2006: Panelanalyse. In: Behnke, Joachim/Gschwend, Thomas/Schindler, Delia/Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden: Nomos, 239-249.
- Kousser, Thaddeus 2004: Retrospective Voting and Strategic Behaviour in European Parliament Elections. In: *Electoral Studies* 23, 1-21.
- Kramer, Gerald H. 1971: Short-term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964. In: *American Political Science Review* 65, 131-143.
- Marsh, Michael 1998: Testing the Second-Order Election Model After Four European Elections. In: *British Journal of Political Science* 28, 591-607.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 2000: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. Oktober 1999. Der gescheiterte Versuch einer politischen Wachablösung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, 86-102.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard 2002: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001. Regierungswechsel nach vorgezogenen Neuwahlen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 245-261.
- Norris, Pippa 1995: *British By-Elections. The Volatile Electorate*. Oxford: Clarendon Press.
- Pallarés, Francesc/Keating, Michael 2003: Multi-Level Electoral Competition. Regional Elections and Party Systems in Spain. In: *European Urban and Regional Studies* 10, 239-255.
- Pappi, Franz U. 1996: Political Behavior, Reasoning Voters and Multi-party Systems. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *A New Handbook of Political Science*. Oxford: Oxford University Press, 255-275.
- Pappi, Franz U./Thurner, Paul W. 2000: Die deutschen Wähler und der Euro, Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998? In: *Politische Vierteljahresschrift* 41, 435-465.
- Pötschke, Manuela 2006: Mehrebenenanalyse. In: Behnke, Joachim/Gschwend, Thomas/Schindler, Delia/Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden: Nomos, 167-179.
- Powell, G. Bingham. 2000: *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven: Yale University Press.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann 1980: Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research* 8, 3-44.
- Rathke, Julia 2007: Identisch und doch verschieden, verschieden und doch vergleichbar? Zur Äquivalenz von Sekundärdaten. In: Gschwend, Thomas/Schimmelfennig, Frank (Hrsg.): *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Probleme-Strategien-Anwendungen*. Frankfurt, New York: Campus, 149-176.
- Schindler, Peter. 1999: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt, Herrmann 2005: The European Parliament Election of June 2004, Still Second-Order? In: *West European Politics* 28, 650-679.
- Schmollinger, Horst W. 1980: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. März 1979. Nur scheinbare Stabilisierung bei Erfolg der Alternativen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 11, 38-53.

- Schmollinger, Horst W. 1983: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. Mai 1981. Einbruch der Sozialliberalen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14, 38-53.
- Schmollinger, Horst W. 1985: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. März 1985. Zunehmende Mobilisierungs- und Integrationsschwäche des Parteiensystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 16, 337-354.
- Schmollinger, Horst W. 1989: Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989. Ein überraschender Wandel im Parteiensystem. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 20, 309-322.
- Selb, Peter 2006: Multi-Level Elections in Switzerland. In: Swiss Political Science Review 12, 1-27.
- Stewart, Marianne C./Clarke, Harold D. 1998: The Dynamics of Party Identification in Federal Systems, The Canadian Case. In: American Journal of Political Science 42, 97-116.
- Tufte, Edward R. 1978: Political Control of the Economy. Princeton: Princeton University Press.

Anhang

Wahlabsicht: „Und welche Partei werden Sie wählen?“ (Die genaue Formulierung variiert leicht innerhalb des Beobachtungszeitraums) Die Variable wurde dichotomisiert: 1 „Wahlabsicht für eine Partei der amtierenden Bundesregierung“, 0 „Wahlabsicht für eine andere Partei bzw. Nichtwahl“.

Parteipräferenz: Die Variable wurde dichotomisiert: 1 „Präferenz für eine Partei der amtierenden Bundesregierung“, 0 „Präferenz für eine andere Partei bzw. ohne Präferenz“. Auf das Vorliegen einer eindeutigen Parteipräferenz wurde geschlossen, wenn aus einem der folgenden drei Kriterien (in absteigender Relevanz) eine Entscheidung für die CDU, SPD, FDP, Grüne (Alternative Liste) oder PDS getroffen werden konnte:

(1) Vergleich der Parteiskalometer: „Und nun noch etwas genauer zu den Parteien in der Bundesrepublik und in [Bundesland]. Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von plus 5 bis minus 5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien halten. 'Plus 5' bedeutet, daß Sie sehr viel von der Partei halten. 'Minus 5' bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Was halten Sie von der [Partei] in [Bundesland]?“

(2) Parteienranking zur Bestimmung einer eindeutigen Parteipräferenz: „Und nun noch einmal zu den Parteien ganz allgemein: Wenn Sie an die [Parteien] hier in [Bundesland] denken: Welche gefällt Ihnen am besten/steht bei Ihnen auf Platz 1?“

(3) Recall Landtagswahlentscheidung: „Wie war das eigentlich bei der letzten Abgeordnetenhauswahl? Welche Partei haben Sie damals gewählt?“ (Die genaue Formulierung variiert leicht innerhalb des Beobachtungszeitraums)

Kandidatenpräferenz: Die Variable wurde dichotomisiert: 1 „Präferenz für Kandidat/in der Kanzlerstellenden Partei“, 0 „Präferenz für andere Kandidaten bzw. ohne Kandidatenpräferenz“. Auf das Vorliegen einer eindeutigen Kandidatenpräferenz wurde geschlossen, wenn aus einem der folgenden drei Kriterien (in absteigender Relevanz) eine Entscheidung für oder gegen den/der Kandidaten/in der kanzlerstellenden Partei getroffen werden konnte (Namen der Spitzenkandidaten sowie deren Parteizugehörigkeit sind in Tabelle 1 ausgewiesen):

(1) Bevorzugter Regierender Bürgermeister: „Wenn es nach Ihnen ginge, wen hätten Sie lieber als Regierenden Bürgermeister in Berlin?“

(2) Vergleich der Kandidatenskalometer: „Und nun noch etwas genauer zu den Parteien in der Bundesrepublik und in [Bundesland]. Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber le-

diglich von plus 5 bis minus 5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie mir bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien halten. 'Plus 5' bedeutet, daß Sie sehr viel von der Partei halten. 'Minus 5' bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Was halten Sie von der [Partei] in [Bundesland]?"

(3) Bevorzugter Regierender Bürgermeister (offene Frage): „Wen hätten Sie als liebstes als Regierenden Bürgermeister in Berlin?"